

Quo vadis, GKV?

**SIGNAL IDUNA IKK
Sommerakademie
13. August 2009
Hagen**

Jürgen Hohnl
IKK e.V., Berlin

- Das GKV-WSG und seine Folgen
- Perspektiven nach der Bundestagswahl
- Forderungen

● **Das GKV-WSG und seine Folgen**

● **Strukturen**

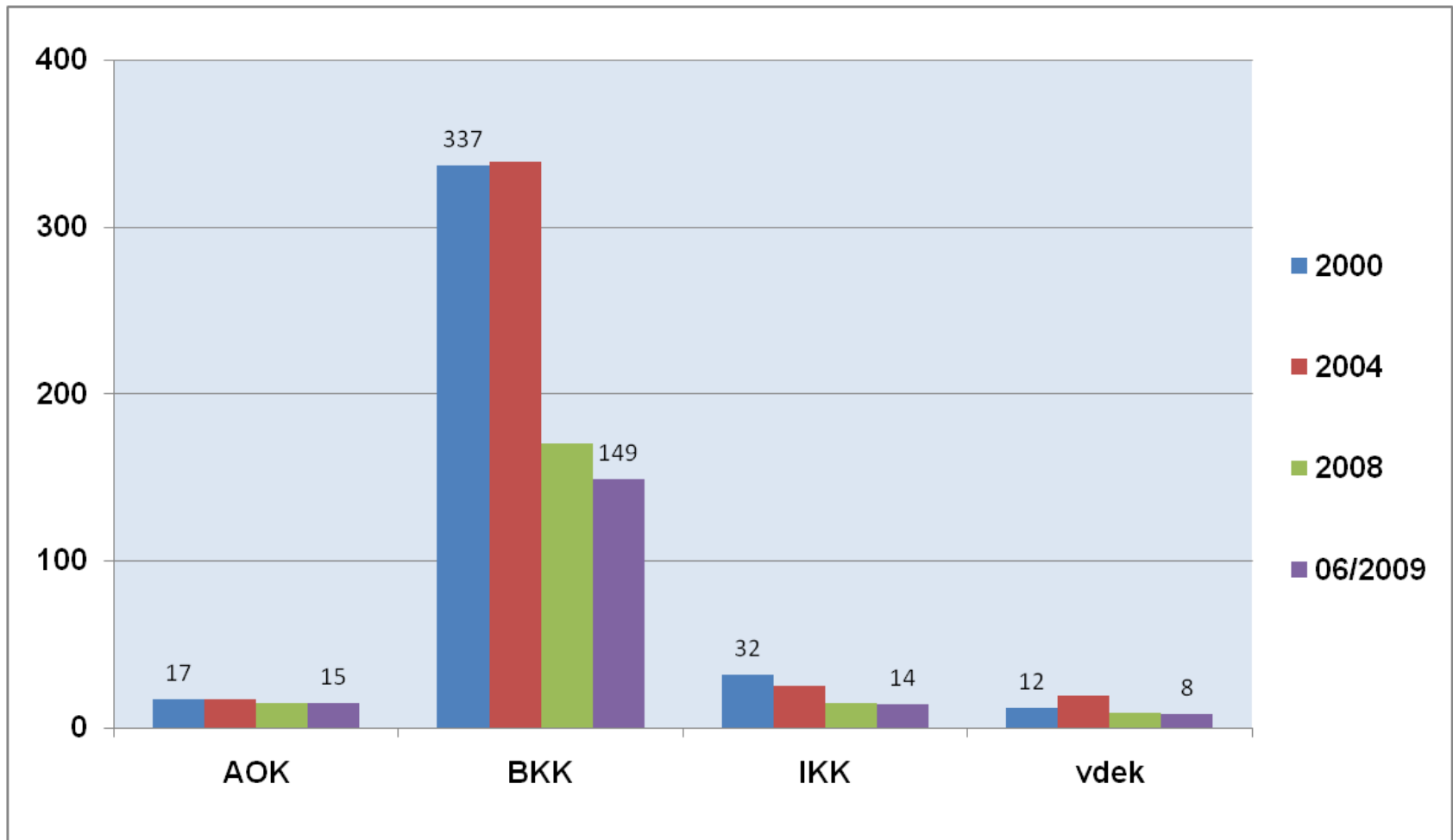
● Von der Verbandskörperschaft zum Kompetenznetzwerk

● Finanzen

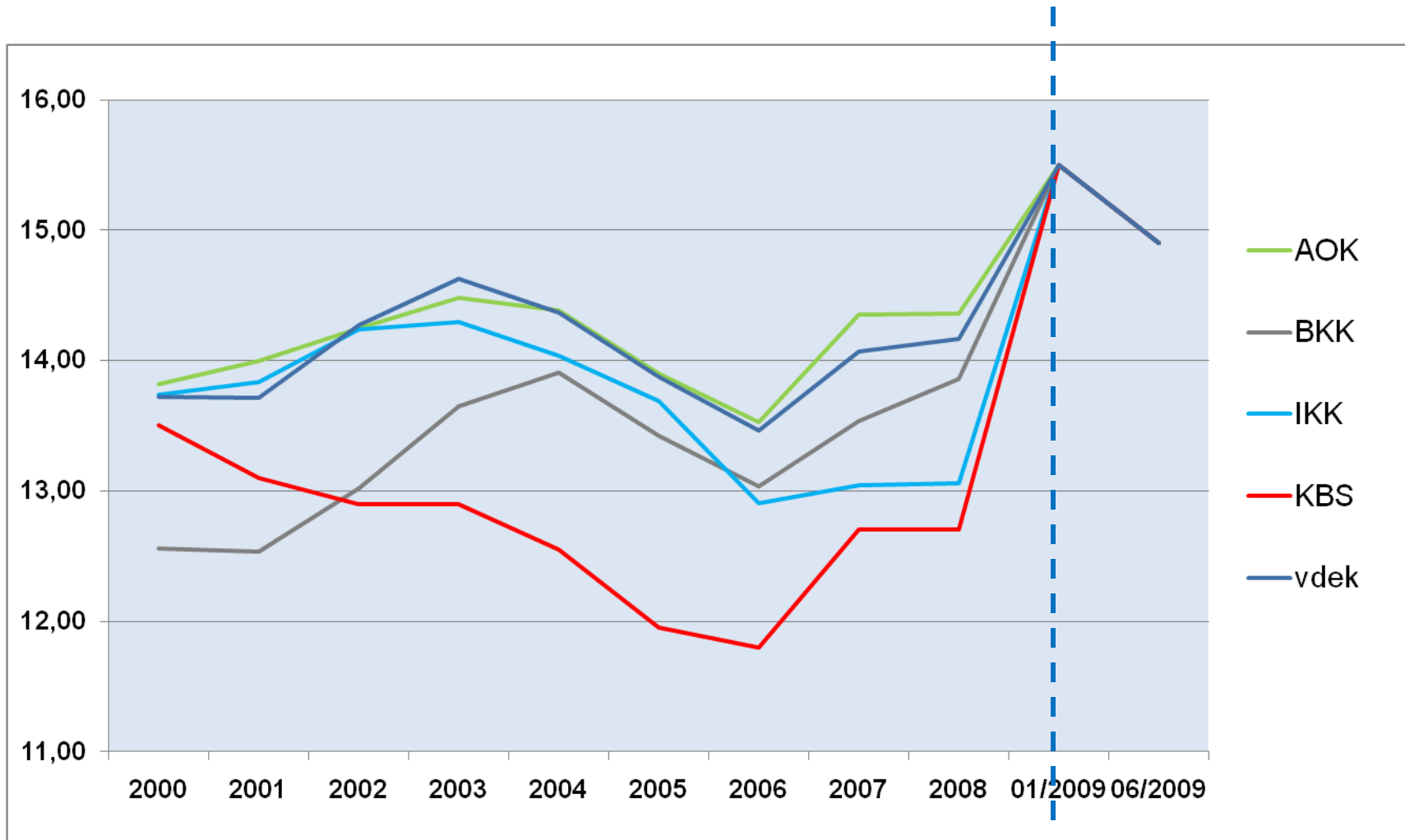
● Perspektiven nach der Bundestagswahl

● Forderungen

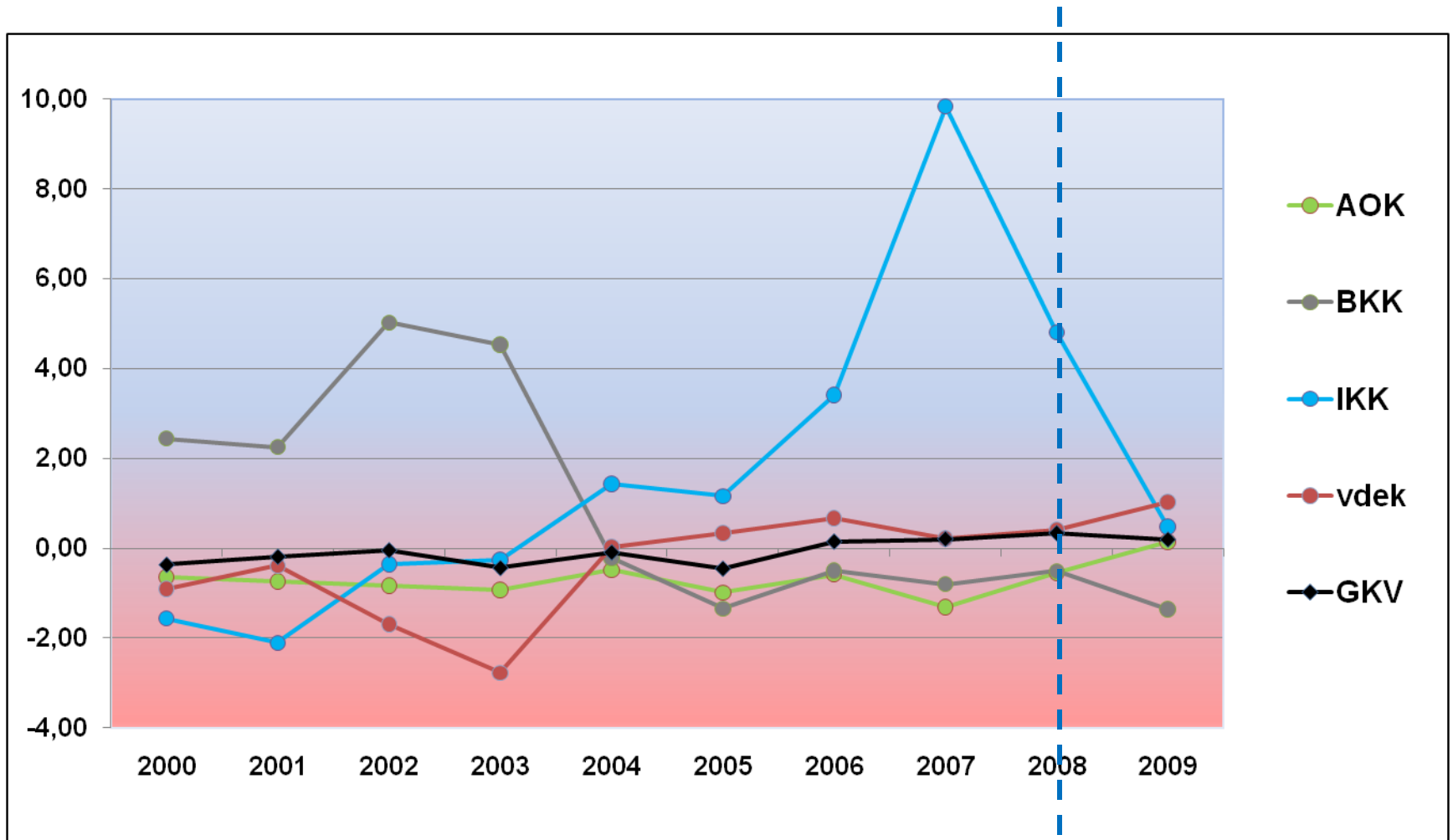
Entwicklung der Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen seit 2000



Beitragssatzentwicklung in der GKV im Zeitraum von 2000-2009



Mitgliederwachstum zwischen Januar und Juni in den Jahren 2000 bis 2009 in Prozent



- **Aufbrechen alter (Monopol-)Strukturen**
 - Umwandlung (Abschaffung) der Körperschaften auf Bundesebene
 - Fokus auf Einzelkassen
 - Option kassenartenübergreifende Fusionen
 - Option Einzelverträge ohne Beteiligung KV

 - **Schaffung neuer (Monopol-)Strukturen**
 - Gründung GKV-SV
 - Fokus auf Fusionen
 - Verpflichtung zu Hausarztverträgen
 - Einführung Gesundheitsfonds/einheitlicher Beitragssatz
-

- **Verstärkung der Wettbewerbsstrukturen**
 - Zusatzbeitrag/Prämien
 - Rabattverträge
 - Versorgungsverträge
 - Wahltarife
 - Grenzüberlagerung von GKV/PKV

 - **Schutz/Absicherung von Versorgerkassen**
 - Morbi-RSA
 - Finanzhilfeordnung § 265a SGB V
 - Haftungs- und Insolvenzregelung
-

● **Das GKV-WSG und seine Folgen**

- Strukturen
- **Von der Verbandskörperschaft zum Kompetenznetzwerk**
- Finanzen
- Perspektiven nach der Bundestagswahl
- Forderungen

Das GKV-WSG und seine Folgen: Strukturen

Umwandlung der Körperschaften auf Bundesebene

- A gesetzliche Aufgaben
- B gesetzliche, nicht wettbewerbliche Aufgaben
- C Dienstleistungsaufgaben
- D Koordinationsfunktion



Spitzenverband

**Zentralisierung
gesetzlicher Aufgaben**



**Aktive Neugestaltung bzw.
-ausrichtung notwendig**


Gründung „Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V.“ in Berlin



Vier Ziel- und Strategiefelder

- Schnittstellenfunktion zum GKV-SV
- Sicherung relevanter Informationen
- Themen-, Kooperations- und „back-office“-Netzwerke
- Komplementäre Ausrichtung von Gesamt- und Einzelinteressen

Von der Verbandskörperschaft zum Kompetenznetzwerk



seit Okt. 08 in Berlin



Dienstleistungen



GWQ ServicePlus AG



seit Juli 09 in Berlin



GbR zur Interessenvertretung



**Spitzenverbände
der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung**



seit Jan. 09 in Berlin

Von der Verbandskörperschaft zum Kompetenznetzwerk



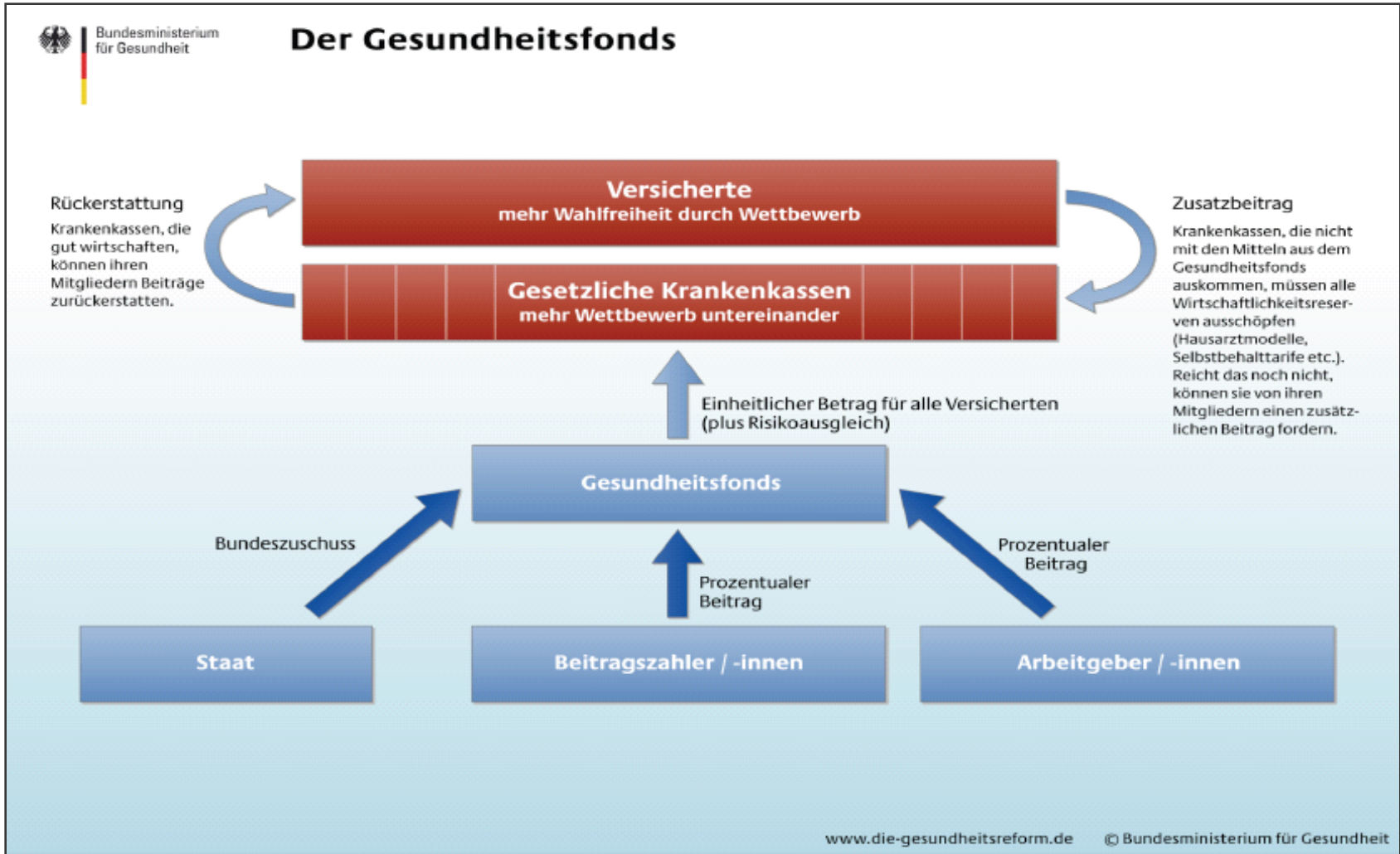
Kooperationsgemeinschaft
unternehmensnahe
Krankenkassen (KuK)



● **Das GKV-WSG und seine Folgen**

- Strukturen
 - Von der Verbandskörperschaft zum Kompetenznetzwerk
 - **Finanzen**
-
- Perspektiven nach der Bundestagswahl
 - Forderungen

Finanzierungsreform nach GKV-WSG



Institut: Milliardendefizit in den Sozialkassen

Meldung vom 01.08.2009 in „Die Welt“

Berlin (dpa) - Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnet wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise bis Ende 2010 mit Milliardendefiziten in den Sozialkassen. Nach einer RWI-Analyse laufe ein ungedeckter Finanzbedarf in der gesetzlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung von fast **30 Milliarden Euro** auf, berichtet das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel». Bei den Krankenkassen beziffere es den Fehlbetrag in diesem und im nächsten Jahr auf zusammen **10,5 Milliarden Euro**. RWI-Forscher Heinz Gebhardt sagte dem Magazin: «Um die Defizite auszugleichen, reicht es nicht, auf Wachstum zu setzen.» Die nächste Regierung müsse in großem Stil Ausgaben kürzen, Beiträge erhöhen oder Steuermittel zuschießen.

Institut rechnet mit Milliardendefizit in den Sozialkassen

HAMBURG - Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnet mit Milliardendefiziten für die Sozialkassen. In der gesetzlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung könne bis Ende nächsten Jahres ein ungedeckter Finanzbedarf von fast 30 Mrd. Euro auflaufen.

- Das GKV-WSG und seine Folgen
- **Perspektiven nach der Bundestagswahl**
- Forderungen



- Alle bisherigen gesundheitspolitischen Entscheidungen waren durch kurzatmige Kostendämpfungsmaßnahmen und kleinteilige Veränderungen bei gleichzeitiger Zentralisierung der Strukturen und Ausbau des Staatseinflusses geprägt.
- Ein stimmiger Masterplan der Gesundheitspolitik fehlt.
- Die Gesundheitsreform 2007: Eine Kombination zweier unvereinbarer Modelle in einer Form, die alle Optionen für die nächste Legislaturperiode offen hält.



Ziele, die nicht oder nicht ausreichend erreicht wurden:

- Bürokratieabbau
- nachhaltige Finanzierung
- Wahlfreiheiten für den Einzelnen
- Wettbewerb zwischen Leistungserbringern oder unter den Krankenkassen

IGES-Gutachten für BMF/BMG (06-2009)

- Effizientere und leistungsfähigere Gesundheitsversorgung als Beitrag für eine tragfähige Finanzpolitik in Deutschland

Friedrich-Ebert-Stiftung (06-2009)

- Zukunft des Gesundheitssystems: Solidarisch finanzierte Versorgungssysteme für eine alternde Gesellschaft

Quo vadis, GKV ?



Was kommt nach der Bundestagswahl?



- **Steuerfinanzierung** versicherungsfremder Leistungen
- Weiterentwicklung der **Integrierten Versorgung**
- Ausbau der Wahltarife
- Stärkung der **Prävention**
- Nebeneinander von GKV und PKV
- Kurskorrektur beim Morbi-RSA

- **Bürgerversicherung**, bei der alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden
- Weiterentwicklung des Morbi-RSA auch unter **Einbeziehung der PKV**
- Rückkehr zur vollständigen **paritätischen Finanzierung**
- Ausbau der **Integrierten Versorgung**, Flexibilisierung der Vertragslandschaft
- Stärkung der Primärprävention durch Präventionsgesetz
- Ausbau der Kosten-Nutzen-Bewertung

- Pflicht zur Versicherung der **Grundversorgung**
- Kapitaldeckung statt Umlageverfahren
- Steuertransferleistungen für Einkommensschwache
- Abschaffung des Gesundheitsfonds und Rückkehr zur **Beitragssatzautonomie**
- **Kostenerstattungsprinzip** statt Sachleistungsprinzip
- Ausbau von ganzheitlichen Versorgungsprogrammen
- Fokus auf Prävention von Suchtgefahren und Programme für Kinder und Jugendliche

- Einstieg in die **Bürgerversicherung**
- **Abschaffung des Gesundheitsfonds** sowie der Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlungen
- **Ausbau Integrierte Versorgung**
- gleichberechtigte Stellung für Natur- und Komplementärmedizin
- Forderung nach einem wirksamen **Präventionsgesetz**
- **Kosten-Nutzen-Bewertung** als echte vierte Hürde; Arzneimittel-Positivliste

- **Bürgerversicherung**, bei der alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden
- umfassende, zuzahlungsfreie **Regelversorgung**
- An- und spätere Aufhebung der Bemessungsgrenze; Herstellung der **Parität**
- Ausbau Gesundheitsfonds; Kompensation von Einnahmeausfällen durch **Steuerzuschuss**
- **Präventionsgesetz** als tragende Säule/Fokus auf Settingansatz
- Arzneimittel-Positivliste und Absenkung der MwSt. auf Arzneimittel



DIE LINKE.



Die Positionen der Parteien sind in vielen Teilen deckungsgleich und an vielen Stellen unkonkret und diffus.

Quo vadis, GKV ?

- Fusionen – auch kassenartenübergreifend – werden Thema bleiben
 - der Einfluss des Staates wird zunehmen
 - die Stellung der Selbstverwaltung wird weiter eingeschränkt
 - Weniger „einheitlich und gemeinsam“
 - Stärkere Interessenpolitik der Orts- und Ersatzkassen
 - die Stellung des GKV-SV wird sich verselbständigen
 - die bundesweiten Organisationen der Kassenarten werden weiter unter Druck stehen (finanziell wie politisch)
-

Quo vadis, GKV ?

- der Finanzdruck der Kassen wird sich verstärken
 - die Nachfragemacht wird sich bündeln
 - Einzelverträge erhalten höheren Stellenwert
 - die Versorgung und der Service werden zum Wettbewerbsfeld werden
 - der Gesundheitsbereich wird als Wirtschaftsfaktor an Bedeutung gewinnen
-

- Das GKV-WSG und seine Folgen
- Perspektiven nach der Bundestagswahl
- **Forderungen**



Die Reform muss ziel-, nutzen- und ergebnisorientiert, transparent und unbürokratisch sein und der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung nachhaltig Rechnung tragen.

- hochwertige Versorgung für die 5,5 Mio. IKK-Versicherten garantieren
- die fundamentalen Eckpfeiler der GKV auch im Hinblick auf Europa bewahren
- Schaffung von optimalen Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen
- Solidarität und Eigenverantwortung im Gleichgewicht halten

- Wiederherstellung der Beitragssatzautonomie
- Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch alle Bürger
- Überprüfung des Morbi-RSA/Maßnahmen zum Ausschluss der Manipulationsanfälligkeit
- Gesamtgesellschaftliche Diskussion über Verbreiterung der Finanzierungsbasis
- Rechtssichere Lösungen zur Übernahme der Budgetverantwortung bei integrierten Versorgungsverträgen

- Ausbau und Stärkung der Prävention/Anrechnung der BGF als Settingansatz
- Absicherung des Engagements in der betrieblichen Gesundheitsförderung durch Wiedereinführung der Finanzautonomie
- Vereinbarung von Gesundheitszielen
- Etablierung eines Innovationmanagements
- Schaffung einer echten vierten Hürde

Vielen Dank!

Jürgen Hohnl
stellv. Geschäftsführer

IKK e.V.
Hegelplatz 1
10117 Berlin

030-202491-12
juergen.hohnl@ikkev.de